

Antrag der SPD Fraktion zum Thema:

TOP1: Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule

Der Gemeinderat Karlskron lehnt die Umsetzung der flächendeckenden Einführung der Mittelschulen ab. Der Gemeinderat befürwortet ein integratives Schulmodell um eine möglichst lange gemeinsame Schulzeit zu erreichen und damit die wohnortnahen Schulen zu stärken.

Und Unterstützt damit den [SPD-Dringlichkeitsantrag vom 14.10.09: Umbau von Hauptschulen in Mittelschulen sofort stoppen](#)

Begründung:

Die Maßnahmen beschleunigen das Schulsterben und bedeuten unterm Strich das Aus für die wohnortnahe Schule. Sie befördern die Konkurrenz zwischen den einzelnen Schulen und die Aufsplitterung der Schüler/innen einer Gemeinde auf verschiedene Schulstandorte. Sie ziehen einen enormen Organisationsaufwand nach sich und belasten die betroffenen Schüler/innen durch weite Schulwege (Schulbustourismus). Und schließlich stellt die Reform eine außerordentliche Belastung für die Kommunen dar.

Die Fakten für das Schuljahr 2009/10

- Die Gymnasien in den Städten verzeichnen Zuwachsraten von bis zu 10%. In der Landeshauptstadt München kommt es beim Übertritt zu Steigerungsraten von 8,4% an den städtischen Gymnasien und 1,8% an den staatlichen Gymnasien. In Augsburg beträgt die Steigerungsrate 10%.
- Bayernweit gehen ab dem kommenden Schuljahr - regional allerdings sehr unterschiedlich - bereits über 40% aller Schüler/innen eines Jahrgangs auf das Gymnasium. Damit besuchen erstmals mehr Schüler/innen ein Gymnasium als die Hauptschule.

- Die Realschulen stagnieren auf hohem Niveau und es ist weder in den Schulhäusern das Platzproblem gelöst noch die Frage der viel zu großen Klassen geklärt.
- Das Ausbluten der Hauptschulen vollzieht sich in einer nicht vorstellbaren Geschwindigkeit. In den letzten sechs Jahren verlor die Hauptschule 60000 Schülerinnen und Schüler. Eine gewaltige Verschiebung findet hier statt. In 400 Schulhäusern der Gymnasien werden mehr Kinder unterrichtet als in den 1000 der Hauptschulen.

Auch der der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, hat Bedenken: Zitat „Die vielen Reformen wie die Einführung von Freiwilligen- Zehnten- Klassen, M- Zügen, Praxis- Klassen oder Ganztagsklassen haben nicht dazu geführt, dass die Hauptschule von der Bevölkerung akzeptiert wird.“

Der Vorschlag der Mittelschulen rettet keine Schulstandorte, sondern beschleunigt ihr Ende. Er bedeutet das Ende der wohnortnahen Schule und löst kein einziges Problem. Allein im Landkreis Dachau müssten mit dieser Regelung voraussichtlich sieben von elf Hauptschulen schließen. Mit „Detailfragen“ wie etwa den Unterschieden zwischen dem neuen Mittleren Schulabschluss und dem Realschulabschluss oder dem Schulwechsel zwischen Haupt- und Mittelschule gibt es noch keine Stellungnahmen aus dem Kultursministerium.

Auszug aus der Vorlage zur Pressekonferenz

von Hans-Ulrich Pfaffmann bildungspolitischer Sprecher der SPD :

Die Mittelschule wird die Selektion und somit die Bildungsungerechtigkeit weiter verschärfen. Der Zwang, sich ab der 5. Jahrgangsstufe für eine bestimmte Schulart entscheiden zu müssen, wird durch die Hinzufügung einer Mittelschule nicht ent-, sondern verschärft. Und zwar solange, bis es die kleineren Hauptschulen nicht mehr gibt. Wer den Übertritt in die Realschule oder das Gymnasium nicht schafft, wird sich an der Mittelschule anmelden. Die Kinder, die in den kleineren, wohnortnahen Hauptschulen bleiben, haben keine Perspektive.

Braucht man für die tolle, neue Mittelschule eigentlich ein Übertrittszeugnis? Und wenn nicht, warum braucht man denn eines für die Realschulen, deren Bildungsgang sie ja ähnlich sein sollen.

Neben dem Quali-Abschluss und dem M-Abschluss soll nun ein weiterer Abschluss, der „Super-M-Abschluss“ eingeführt werden. Was aber sind dann die bisherigen Hauptschulabschlüsse noch wert? Die Anforderungen für eine Berufsausbildung werden sich weiterhin auf „Mittlere Reife“ und den „Super-M-Abschluss“ konzentrieren. Damit werden die Schüler/innen der kleineren Hauptschulen noch weniger Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben.

Fazit der neue „Schulreform“:

- Das Schulsterben vor Ort wird weiter verschärft.
- Der Leistungs- und Übertrittsdruck werden verschärft.
- Die regionalen Disparitäten werden massiv verschärft.
- Die Bildungsungerechtigkeit wird verschärft.
- Die Rahmenbedingungen an den Schulen werden kaum verbessert.
- Die pädagogische Schulentwicklung wird abgewürgt.
- Die Selektion wird ausgebaut.
- Die Bildungschancen der jungen Menschen werden weiterhin vom Geldbeutel der Eltern und vom Wohnort abhängen.

Die Alternative:

Wir fordern eine integrative Schulform die das Schulsterben im ländlichen Raum verhindert.

Wir sprechen uns für eine nachhaltigen Bildungspolitik aus:

Der Erhalt der wohnortnahen Schule und die Einführung einer regionalen Schulentwicklung, individuelle Förderung aller Schüler/innen, gerechte Bildungschancen, die nicht vom Geldbeutel, von der sozialen Herkunft oder vom Wohnort abhängen, der Rechtsanspruches auf einen Ganztagsschulplatz, die Umsetzung des Prinzips „länger gemeinsam lernen“, und die Abschaffung des bisherigen Übertrittsverfahren.

Krammer Thomas

SPD - Fraktionssprecher